

# Schmerzensgeld 2022

Slizyk

18., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2022  
ISBN 978-3-406-77876-6  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

- Zum einen im Jahr 2013,<sup>1430</sup> wobei damals der Kläger – ein Schwerbehinderter und als solcher befristet angestellter Assistent des beklagten Landes – ua auf Schmerzensgeld klagte, da er bei einer Ausschreibung der Beklagten nicht erfolgreich berücksichtigt worden war. Das BAG wies den Anspruch auf eine Geldentschädigung zurück, da der Anspruch aus keinem denkbaren Rechtsgrund begründet sei und betonte, das AGG regele „Ansprüche auf materiellen oder immateriellen Schadensersatz wegen Benachteiligung im Zusammenhang mit einem der in § 1 AGG genannten Merkmale abschließend“<sup>1431</sup> und führte – hier nur kurz zusammengefasst – zur erfolglosen Revision des Klägers aus:
  - Zum einen scheiterte der Anspruch – soweit er auf § 15 II AGG gegründet war – bereits an der Versäumung der erforderlichen **zweimonatigen Ausschlussfrist des § 15 IV 1 AGG**<sup>1432</sup> gerechnet ab dem Bekanntwerden bzw. der Mitteilung darüber, dass er in dem Bewerbungsverfahren nicht berücksichtigt worden war.
  - Auch auf eine allgemeine Persönlichkeitsrechtsverletzung könne der Kläger seinen Anspruch nicht erfolgreich stützen, da hier ebenfalls die **Fristversäumung des § 15 IV 1 AGG** im Wege stehe und es zudem aber auch am Vorliegen eines schwerwiegenden Verschuldensvorwurfs der Beklagten fehle.
  - Zur ebenfalls vorgetragenen Anspruchsgrundlage auf der Basis des **§ 4 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG)**, der sich explizit mit dem „**Verbot der Diskriminierung**“ befasst, führte das BAG schließlich aus: „Jedenfalls scheiterte sowohl ein vertraglicher als auch ein deliktischer Anspruch des Kl. auf Schmerzensgeld daran, dass § 253 Absatz I BGB einen Entschädigungsanspruch bei Verletzung des § 4 Absatz II TzBfG ausschließt,“<sup>1433</sup> auch eine analoge Anwendung des § 253 Abs. 2 BGB sei nicht möglich, da eine planwidrige Regelungslücke fehle.
- Zum anderen im Jahr 2018.<sup>1434</sup> Die Klägerin russischer Herkunft sah sich durch eine Stellenanzeige der Beklagten sowohl wegen ihres Alters als auch ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert und begehrte Schmerzensgeld. Die Beklagte (einer Softwarefirma) hatte darin die Anforderung geäußert „Für die Position sollten Sie ein Studium der Ingenieur-Wissenschaften oder technischen Informatik abgeschlossen haben oder kurz vor Ihrem Abschluss stehen“ und zudem betont, dass man auf „sehr gute Deutsch- und Englischkenntnisse in Wort und Schrift“ Wert lege. Das BAG bestätigte die bereits klagabweisende Entscheidung der Vorinstanz und wies nochmals grundsätzlich darauf hin, dass
 

„das Benachteiligungsverbot des § 7 I AGG erfasst allerdings nicht jede Ungleichbehandlung, sondern nur eine Ungleichbehandlung wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes. Zwischen der Benachteiligung und einem in § 1 AGG genannten Grund muss demnach ein Kausalzusammenhang bestehen“

 und ging sodann auf die Thematik der Stellenanzeigen ein und führte dazu grundsätzlich aus:
 

Unter einer Ausschreibung iSv § 11 AGG ist die an eine unbekannte Vielzahl von Personen gerichtete Aufforderung eines Arbeitgebers zu verstehen, sich auf die ausgeschriebene Stelle zu bewerben. Stellenanzeigen sind deshalb – wie typische Willenserklärungen bzw. Allgemeine Geschäftsbedingungen – nach ihrem objektiven Inhalt und typischen Sinn einheitlich so auszulegen, wie sie von verständigen und redlichen potenziellen Bewerbern unter Abwägung der Interessen der normalerweise beteiligten Verkehrskreise verstanden werden, wobei die Verständnismöglichkeiten des durchschnittlichen Bewerbers zugrunde zu legen sind.

Im Weiteren wies das BAG die beiden erhobenen Diskriminierungsvorwürfe zurück und betonte zutreffend, „sehr gute Deutsch- und gute Englischkenntnisse“ seien auch nicht als „untrennbar“ mit einer ethnischen Herkunft verbunden anzusehen.

Liegt jedoch eine Diskriminierung im Sinnes des **§ 7 AGG** vor, so ist in Abhängigkeit des Einzelfalles ein „Schmerzensgeld“ bzw. eine dementsprechende Entschädigung im Umfang von 2 bis 3 Monatsgehältern (im vorliegenden Falle zwei Monatsgehälter) angemessen und ist nicht „auf die Differenz zwischen der dreifachen monatlichen Grundbesoldung des bislang innegehabten und derjenigen des angestrebten Amtes beschränkt“, so entschied der VGH Mannheim<sup>1435</sup> und definierte den Begriff der „**Benachteiligung**“ wie folgt:

„Benachteiligung im Sinne des Benachteiligungsverbots des § 7 Absatz I AGG ist jede unterschiedliche Behandlung, die mit einem Nachteil verbunden ist; nicht erforderlich ist, dass in Benachteiligungsabsicht gehandelt oder die Benachteiligung sonst schuldhaft bewirkt worden ist. Nach der Legaldefinition des § 3 Absatz I 1 AGG liegt eine unmittelbare Benachteiligung vor, wenn eine Person wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes eine weniger günstige Behandlung erfährt als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation erfahren hat oder erfahren würde. Die unmittelbare Benachteiligung kann auch in einem Unterlassen liegen. Eine solche ist insbesondere gegeben, wenn ein Arbeitgeber einer

<sup>1430</sup> BAG NJW 2013, 2699.

<sup>1431</sup> BAG NJW 2013, 2699.

<sup>1432</sup> Vgl. hierzu auch bereits BAG NJW 2013, 555.

<sup>1433</sup> BAG NJW 2013, 2699.

<sup>1434</sup> BAG NZA-RR 2018, 287.

<sup>1435</sup> VGH Mannheim NZA-RR 2014, 159.

*gesetzlich auferlegten Handlungspflicht nicht nachkommt, durch die iSd § 5 AGG eine bisher in Beschäftigung und Beruf benachteiligte Gruppe gezielt gefördert werden soll“.*<sup>1436</sup>

Wenn auch nicht das deutsche Recht betreffend, sondern nach österreichischem (dem deutschen jedoch insofern sehr ähnlichen) Recht beurteilt, sei an dieser Stelle eine aktuelle rechtskräftige Entscheidung des **österreichischen Verwaltungsgerichtshofs**<sup>1437</sup> erwähnt. Der Kläger hatte sich auf eine hochrangige Stelle im österreichischen Verkehrsministerium beworben und im Auswahlverfahren gegenüber zwei weiteren Bewerbern die höchste Punktzahl erreicht. Dennoch erhielt er die Stelle nicht. Diese wurde stattdessen von der damals zuständigen Verkehrsministerin Bures der „zweitbesten“ Bewerberin, eine Frau, gegeben. Zur Begründung führte sie die „massiv bestehende Unterrepräsentation von Frauen“ an. Das Gericht sah darin zutreffend eine nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung und sprach dem Unterlegenen ein Schmerzensgeld von 5.300 EUR zu sowie materiellen Schadensersatz (Verdienstentgang) in Höhe von mehr als 300.000 EUR.

Ob eine derartige „unterschiedliche Behandlung“ vorliegt, wenn eine Fluggesellschaft (hier: Lufthansa bzw. deren Tochtergesellschaft Lufthansa Flight Training GmbH) auf der Basis einer Betriebsvereinbarung (BV Auswahlrichtlinien) eine **Mindestgröße** für **Pilotinnenanwärterinnen** festschreibt und darauf basierend eine nur 161 cm große Bewerberin abweist, hat demnächst das BAG als Revisionsinstanz des LAG Köln<sup>1438</sup> zu entscheiden, welches insofern von einer durch sachliche Gründe nicht gerechtfertigten **mittelbaren Diskriminierung** ausging, die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des ArbG Köln<sup>1439</sup> jedoch aus formellen Gründen als unzulässig abwies; die Klägerin begehrt deshalb als immaterielle Entschädigung und ausgehend von einem Jahresgrundgehalt iHv 62.000 EUR den dreifachen Monatsbruttobetrag (= ca. 15.500 EUR).

Die Forderung einer geschlechtsunabhängigen Mindestgröße von 170 cm für die Zulassung zur Polizeischule verstößt jedoch gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, wenn diese Regelung viel mehr Frauen als Männer benachteiligt und sie für die Erreichung des rechtmäßigen Ziels nicht geeignet und erforderlich ist, so entschied der EuGH<sup>1440</sup> im Jahr 2017.

Gut gemeint, aber (extrem) schlecht gemacht, so könnte man den Sachverhalt umschreiben, der dem AG Neustadt<sup>1441</sup> an der Weinstraße zur Entscheidung vorlag. Der Kläger erhielt in einem Vergnügungspark unter Vorlage seines **Schwerbehindertenausweises** einen Preisnachlass. Er wurde wegen seiner Behinderung jedoch genötigt, ein rotes Armband gut sichtbar zu tragen; somit war er für das Personal der diversen Fahrgeschäfte, die ihm den Nachlass zu gewähren hatten, als Behinderter gut zu erkennen, so dass ihm an einem Fahrgeschäft – vor anderen Gästen bzw. Besuchern – der Zutritt verweigert worden war. Das AG sah darin zutreffend einen Verstoß gegen das AGG.

Mit dem Entschädigungsanspruch eines 60-jährigen Klägers wegen **Altersdiskriminierung**<sup>1442</sup> im Zusammenhang mit einer explizit an „Berufsanfänger oder Kollegen mit 1–3 Jahren Berufserfahrung“ gerichteten Stellenausschreibung hatte sich das LAG Berlin<sup>1443</sup> zu befassen und die Klage abgewiesen. In seiner Begründung führte das LAG zum Thema der Altersdiskriminierung aus:

*„Eine Benachteiligung wegen des Alters kann nach § 3 Absatz 1 und Absatz 2 AGG nicht nur unmittelbar erfolgen, indem die Auswahlentscheidung unmittelbar an das Alter anknüpft, ohne dass dies gerechtfertigt ist, sondern auch mittelbar, indem Personen einer bestimmten Altersgruppe durch den Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sehr viel häufiger negativ betroffen sind als Personen einer anderen Altersgruppe, ohne dass dies durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt ist und die Mittel zur Erreichung dieses Ziels angemessen und erforderlich sind. Jedoch ist stets Voraussetzung, dass sich die benachteiligten und begünstigten Personen in einer vergleichbaren Situation befinden... Keine vergleichbare Situation ist gegeben, wenn der übergangene Bewerber für die ausgeschriebene Stelle schon nicht objektiv geeignet war. ... Maßgeblich für die objektive Eignung ist dabei nicht das formelle Anforderungsprofil, welches der Arbeitgeber erstellt hat, sondern die Anforderungen, die an die jeweilige Tätigkeit nach der im Arbeitsleben herrschenden Verkehrsanschauung gestellt werden. Die objektive Eignung ist zu trennen von der individuellen fachlichen und persönlichen*

<sup>1436</sup> VGH Mannheim NZA-RR 2014, 159 (161); vgl. auch VG Würzburg Urt. v. 26.11.2019 – W 1 K 18.1029 Keine Benachteiligung im Sinne des AGG durch rechtswidrige Versetzung einer behinderten Lehrerin in den Ruhestand.

<sup>1437</sup> VwGH Urt. v. 19.2.2018 – Ro 2017/12/0016, siehe [www.spiegel.de/karriere](http://www.spiegel.de/karriere) – Bericht vom 20.3.2018 sowie unter [www.derStandard.at](http://www.derStandard.at) – Bericht vom 19.3.2018.

<sup>1438</sup> LAG Köln BeckRS 2014, 72115.

<sup>1439</sup> ArbG Köln BeckRS 2013, 74222.

<sup>1440</sup> EuGH Urt. v. 18.10.2017 – C-409/16, NZA 2018, 418; ebenso zuvor bereits VG Schleswig Urt. v. 26.3.2015 – 12 A 120/14, NZA 2018, 418.

<sup>1441</sup> AG Neustadt an der Weinstraße Urt. v. 28.3.2013 – 6 C 256/12.

<sup>1442</sup> Vgl. hierzu *Stümper* öAT 2015, 72 ff.

<sup>1443</sup> LAG Berlin-Brandenburg BeckRS 2014, 65616.

*Qualifikation des Bewerbers, die nur als Kriterium der Auswahlentscheidung auf der Ebene der Kausalität zwischen Benachteiligung und verbotenem Merkmal eine Rolle spielt“.*

Über einen etwas kurios anmutenden Fall eines Diskriminierungsvorwurfs hatte das LAG Rheinland-Pfalz<sup>1444</sup> 258 zu entscheiden. Die Klägerin hatte sich als Designerschmuckkommissionärin beworben. Dabei hatte sie den Eindruck, dass der Leiter im Vorstellungsgespräch ihre **geschlechtliche Identität** als Frau angezweifelt habe. Das traf zu, doch da der Leiter nicht aufgrund ihres Geschlechts von einer Anstellung abgesehen hatte, sondern lediglich, weil er das Geschlecht der Klägerin angezweifelt hatte, wies das LAG das Anspruchsbegehren der Klägerin mit der zutreffenden Begründung zurück, dass dies nicht vom AGG erfasst werde.

**Gerechtfertigte Bezichtigung einer Straftat.** Mit der Begründung, sein früherer Dienstherr habe ihn 259 nicht von seiner unrechtmäßigen Abrechnungspraxis abgehalten und den Sachverhalt (betrügerisches Abrechnungsverhalten) unter Ausnutzung von „Ermittlungen“ eines Kollegen zur Anzeige gebracht, um ihn als unbequemen Chefarzt aus dem Amt zu drängen, klagte ein ärztlicher Direktor vor dem OLG Saarbrücken auf Schadensersatz und Schmerzensgeld. Das OLG Saarbrücken<sup>1445</sup> wies die Klage ab und äußerte sich in seiner Begründung sehr genau zu der Frage der berechtigten Bezichtigung einer Straftat bzw. der Anzeige einer solchen:

*Es ist allgemein anerkannt, dass die Einleitung oder das Betreiben eines gesetzlich geregelten Verfahrens der Rechtspflege grundsätzlich kein rechtswidriges Verhalten darstellt (vgl. BGH, Urteil vom 11. November 2003 – VI ZR 371/02, NJW 2004, 446). Das gilt auch für die Anzeige von – angeblichen – Missständen gegenüber denjenigen Stellen, die – wie vorliegend die Staatsanwaltschaft – dazu berufen sind, einem entsprechenden Verdacht nachzugehen und gegebenenfalls Maßnahmen gegen solche Missstände zu ergreifen, wenn sie – wie hier – nicht ersichtlich unzutreffend sind. Der gutgläubige Erstatte einer Strafanzeige darf nicht mit dem Risiko des Schadensersatzes für den Fall belastet werden, dass seine Anzeige nicht zum Erweis des behaupteten Vorwurfs führt (vgl. BVerfG, Beschluss vom 25. Februar 1987 – 1 BvR 1086/85, BVerfGE 74, 257). Er muss im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren grundsätzlich das vorbringen dürfen, was er nach seinem Ermessen zur Aufklärung der Sache für erforderlich hält. Den berechtigten Belangen des in seiner Ehre Betroffenen ist durch die Bestimmung des § 164 StGB (falsche Verdächtigung), die Kostenregelung in § 469 StPO für den Fall einer vorsätzlich oder leichtfertig erstatteten unwahren Anzeige sowie die rechtsstaatliche Ausgestaltung des Ermittlungsverfahrens hinreichend Rechnung getragen (BGH, Urteil vom 28. Februar 2012 – VI ZR 79/11, VersR 2012, 502...), so das OLG Saarbrücken.<sup>1446</sup>*

In diesem Zusammenhang erwähnt, sei auch das Urteil des OLG Frankfurt a.M.<sup>1447</sup> (Klage des ehemaligen DFB-Präsidenten, **Theo Zwanziger** gegen das Land Hessen auf Schmerzensgeld). Das OLG wies die Klage ab und begründete dies im Kern wie folgt: Staatsanwaltliche Maßnahmen können nicht auf ihre Richtigkeit, sondern nur auf ihre Vertretbarkeit überprüft werden. Die Vertretbarkeit darf nur verneint werden, wenn bei voller Würdigung auch der Belange einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege das staatsanwaltschaftliche Verhalten nicht mehr verständlich erscheint, wofür die volle Darlegungs- und Beweislast grundsätzlich der Kläger trägt.

**Ungerechtfertigte Bezichtigung einer Straftat:** Die vorschnelle Bezichtigung, ein Ladendieb zu sein – 260 insbesondere, wenn dies mit einer „Verhaftung“ durch den übereifrigen Kaufhausdetektiv geschieht – können dagegen im Einzelfall mit Schmerzensgeld „geahndet“ werden. So sprach das OLG Frankfurt a.M.<sup>1448</sup> dem zu Unrecht Bezichtigten bereits im Jahr 1988 umgerechnet 1.023 EUR zu. Wenn allerdings das gesamte äußere Geschehen (hier: Einstecken der nicht bezahlten Ware in die Jackentasche) auf einen Ladendiebstahl hindeutet, darf die Warenhausleitung gegenüber dem Verdächtigen einen entsprechenden Vorwurf erheben; es steht dem Kläger dann kein Schmerzensgeld zu, so entschied das OLG Koblenz.<sup>1449</sup>

Die erfundene **Behauptung einer Vergewaltigung** stellt für den so zu Unrecht Bezichtigten eine schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung statt. Über den Fall des bekannten Fernsehmoderators und Wetterexperten Jörg **Kachelmann** wurde insofern bereits oben → Rn. 168 berichtet, weshalb an dieser Stelle hierauf verwiesen wird. Das LG Osnabrück<sup>1450</sup> sprach dem Opfer (dh dem vermeintlichen Täter der Vergewaltigung,

<sup>1444</sup> LAG Rheinland-Pfalz BeckRS 2014, 70013.

<sup>1445</sup> OLG Saarbrücken BeckRS 2018, 8416.

<sup>1446</sup> OLG Saarbrücken BeckRS 2018, 8416.

<sup>1447</sup> OLG Frankfurt a.M. BeckRS 2018, 4097.

<sup>1448</sup> OLG Frankfurt a.M. ZfS 1989, 297; vgl. ebenso LG Koblenz NJW-RR, 1987, 480; AG Osnabrück NJW-RR 1989, 476; ablehnend OLG Oldenburg ZfS 1987, 235.

<sup>1449</sup> OLG Koblenz BeckRS 2012, 03223, vgl. auch OLG Koblenz NJW-RR 2012, 600.

<sup>1450</sup> LG Osnabrück Urt. v. 11.10.2013 – 12 O 2885/12; das Versäumnisurteil wurde jedoch nicht rechtskräftig, weil die als Alleinerbin des Klägers eingesetzte Tochter – nach hiergegen eingelegten Rechtsmitteln der Beklagten – die Klage zurückgenommen hatte.

der zudem mehrere Jahre unschuldig im Gefängnis verbracht hatte) bzw. dessen Erben 80.000 EUR Schmerzensgeld zu.

Zum Schutzzumfang der Meinungsfreiheit einer Privatperson entschied das BVerfG<sup>1451</sup> (Klägerin bzw. Beschwerdeführerin war die **Ex-Lebenspartnerin** von **Kachelmann**) und führte aus, dass das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung auch die Freiheit, die persönliche Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten emotional zu transportieren, umfasse. Insbesondere könne ein unmittelbar vorangegangener Angriff auf die Ehre eine äquivalente Erwiderung rechtfertigen. Wer im öffentlichen Meinungskampf zu einem abwertenden Urteil Anlass gegeben habe, müsse auch selbst eine scharfe Reaktion selbst dann hinnehmen, wenn dadurch das persönliche Ansehen gemindert werde.

- 261** Besteht jedoch nach kriminalistischer Erfahrung die Möglichkeit, dass eine verfolgbare Straftat vorliegt (im konkreten Falle ging es um die gemäß § 87 AktG unzulässige Gewährung einer Anerkennungsprämie für den Kläger (**Dr. Esser**<sup>1452</sup>) in seiner damaligen Funktion als Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG) und wird deshalb gemäß § 152 II StPO ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue im Sinne des § 266 StGB eingeleitet, so ist – in einem Amtshaftungsprozess – die Entscheidung der Staatsanwaltschaft nicht auf ihre „Richtigkeit“, sondern allein daraufhin zu überprüfen, ob sie vertretbar ist, so das OLG Düsseldorf<sup>1453</sup> und dem von den Medien seinerzeit sehr stark beobachteten und kommentierten Verfahren und wies den auf Zahlung von 100.000 EUR gerichteten Schmerzensgeldanspruch des damaligen Vorstandsvorsitzenden der Mannesmann AG zum weit überwiegenden Teil<sup>1454</sup> zurück und führte – neben anderen Argumenten – zur Begründung aus: „Unabhängig voneinander begangene Persönlichkeitsrechtsverletzungen mehrerer Amtsträger können gegenüber demselben Rechtsträger..., wenn sie für sich genommen nicht eine Schwere erreichen, welche die Zubilligung einer Geldentschädigung rechtfertigt, nicht durch ihre Kumulation zur Haftung der allen Amtsträgern gemeinsamen Anstellungskörperschaft nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG wegen einer schweren Persönlichkeitsrechtsverletzung führen.“

- 262 Mahnschreiben – kein Grund für Schmerzensgeld:** Zutreffend lehnte das AG München<sup>1455</sup> die auf Schmerzensgeld gerichtete Klage eines Käufers ab, der vom Verkäufer ein Mahnschreiben erhalten hatte, in welchem der Verkäufer ihm zudem vorhielt, mittels eines gefälschten Überweisungsträgers sich die Aushändigung der Ware (hier: Fliesen) erschlichen zu haben. Dies traf jedoch nicht zu. In einem solchen Falle habe der Betroffene keinen Schmerzensgeldanspruch, so das AG München, wenn das Mahnschreiben keine Beleidigung oder Schmähung enthält.

### **263 Telefonterror und Stalking:**

**Telefonterror** kann bei den so terrorisierten Personen berechnete Schmerzensgeldansprüche auslösen. Dementsprechend bewertete das OLG Nürnberg<sup>1456</sup> bereits fünf Störanrufe eines Nachbarn als schmerzensgeldauslösend und sprach dem Angerufenen jeweils 383 EUR zu; in einem echten Fall von Telefonterror erkannte dagegen das AG Frankfurt a.M.<sup>1457</sup> bereits auf umgerechnet 2.556 EUR. Auch kann **Stalking**<sup>1458</sup> – dh das massive Belästigen, Bedrohen, Nachstellen und Verfolgen einer Person, zumeist eines begehrten oder ehemaligen Partners – bei dem Stalkingopfer sowohl zu Persönlichkeitsrechtsverletzungen, aber auch zugleich oder als Folge zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen und infolge letzterer auch einen Schmerzensgeldanspruch begründen. Auf das Phänomen Stalking hat der Gesetzgeber mit dem Erlass des Gewaltschutzgesetzes reagiert und im März 2007 mit **§ 238 StGB** „Nachstellen“ einen neuen Straftatbestand zur Sanktionierung von Stalking ins Strafgesetzbuch aufgenommen.<sup>1459</sup> Zur schadensersatzrechtlichen Verantwortlichkeit von Stalkern,<sup>1460</sup> vor allem im Hinblick auf Persönlichkeitsrechtsverletzungen und daraus resultierenden Schmerzensgeldansprüchen, liegen bislang nur wenige Entscheidungen vor:

Mit einem insofern extremen und ungewöhnlichen Fall befasste sich das Landgericht Kiel<sup>1461</sup> und führte hierzu aus:

<sup>1451</sup> BVerfG NVwZ 2016, 761; ZUM-RD 2017, 16 mAnm Sachs.

<sup>1452</sup> Vgl. hierzu auch → IMM-DAT Nr. 3321 und 3177.

<sup>1453</sup> OLG Düsseldorf BeckRS 2005 30355236.

<sup>1454</sup> Vgl. hierzu IMM-DAT Nr. 3321 und 3177.

<sup>1455</sup> AG München Urt. v. 31.8.2010 – 133 C 10070/10.

<sup>1456</sup> OLG Nürnberg Beschl. v. 29.9.1992 – 1 U 2099/92; anders dagegen OLG Düsseldorf NJW 2002, 2118.

<sup>1457</sup> AG Frankfurt NJWE-VHR 1996, 24.

<sup>1458</sup> Vgl. generell zum Thema Stalking Keiser NJW 2007, 3387; Bieszk, Sadtler: NJW 2007, 3382; Vogel FPR 2005, 49; Borchart FPR 2004, 239; Kerbein/Pröbsting ZRP 2002, 76; OLG Saarbrücken NJW-RR 2006, 747; LG Bochum BeckRS 2006, 07139.

<sup>1459</sup> Vgl. Lackner/Kühl StGB § 238 Rn. 1.

<sup>1460</sup> Keiser NJW 2007, 3387.

<sup>1461</sup> LG Kiel BeckRS 2013, 08633.



„Danach liegt hier durch die Nachstellungen des Herrn... und des Beklagten zu 2) eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts des Klägers vor, die nicht – jedenfalls nicht nur – in anderer Weise befriedigend ausgeglichen werden kann.“ Dem Kläger ist über einen Zeitraum von knapp 5 Monaten intensiv nachgestellt worden. „Die Veröffentlichungen von Inseraten betreffend die Vermietung seiner Wohnung bzw. den Verkauf seiner Villa, die Veranlassung von Warenbestellungen im Namen des Klägers und das Anbieten erotischer Dienstleistungen seiner damaligen Lebensgefährtin unter Angabe der vollständigen Adresse und Telefonnummer, unter der auch der Kläger wohnhaft war, stellen einen schwerwiegenden Eingriff in das Persönlichkeitsrecht des Klägers dar“<sup>1462</sup> und erachtete insofern 20.000 EUR als angemessen, aber auch ausreichend.

Über einen dagegen eher klassischen Fall des Stalkings hatte dagegen das OLG Karlsruhe<sup>1463</sup> zu entscheiden. Die Klägerin war zunächst mit dem Beklagten befreundet. Nachdem die Beziehung gescheitert war, bedrängte der Beklagte die Klägerin zunehmend mit Briefen und Nachrichten, die als Stalking zu bezeichnen waren. Das OLG hob das Schmerzensgeld der Vorinstanz auf insgesamt 1.000 EUR an, betonte jedoch, dass die vormalig bestandene Beziehung zwischen den Parteien nicht [ergänze: schmerzensgeldmindernd] unberücksichtigt sein könne. Sehr ausführlich befasste sich das OLG zudem mit der Frage der Verjährung bzw. des Verjährungsbeginns bei dem üblicherweise aus einer Folge von wiederholenden Handlungen bestehenden Stalkings (siehe hierzu nachfolgend → Rn. 431).

Auch wenn dies eigentlich über den Umfang dieses Buches hinausgeht, sei hier dennoch erwähnt, dass sich das BSG<sup>1464</sup> mit der Frage auseinandersetzen hatte, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen Stalking-Opfer mit Leistungen nach dem **Opferentschädigungsgesetz** rechnen können.

Die Höhe des Schmerzensgeldes müsste sich insofern an der Intensität, der Dauer und der Ausgestaltung der beim Stalkingopfer vorliegenden Persönlichkeitsrechts- und Gesundheitsverletzungen orientieren.

Die Liste der möglichen Fallkonstellationen infolge derer Personen gezielt gestört, belästigt, verängstigt oder auf sonstige – schmerzensgeldrelevante – Weise in ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt werden, ließe sich nahezu beliebig fortsetzen.

Der Vollständigkeit wegen soll an dieser Stelle auf die ebenfalls im weitesten Sinne der Thematik der 264 Persönlichkeitsrechtsverletzung zuzuordnenden **Arzthaftungs**problematik bzgl. **fehlender Einwilligung** des **Patienten** hingewiesen werden. Um den Rahmen dieses Buches jedoch nicht zu sehr zu erweitern, sei hier lediglich auf ein Urteil des OLG Hamm<sup>1465</sup> aus dem Jahr 2018 sowie die jährlich wiederkehrend erscheinenden Aufsätze von Spickhoff<sup>1466</sup> „Die Entwicklung des Arztrechtes“ verwiesen, welche stets einen sehr guten Einstieg und Überblick in den aktuellen Stand der Rechtsentwicklung mit zahlreichen Fundstellen verschaffen. Abschließend erwähnenswert erscheint mir zudem eine Entscheidung (PKH-Beschluss) des OLG Frankfurt a.M., bei dem es um die **Grenzen der ärztlichen Schweigepflicht** gegenüber der Lebensgefährtin eines an Aids erkrankten Patienten ging. Das OLG führte zutreffend aus, dass – trotz ausdrücklichem Verbot des an Aids erkrankten Patienten ärztlicherseits seine Lebensgefährtin hierüber zu informieren – die ärztliche Schweigepflicht hier einer Informationspflicht jedenfalls dann nicht entgegensteht, wenn die Lebensgefährtin ebenfalls Patientin bei diesem Arzt sei. Das Geheimhaltungsinteresse des Erkrankten trete in diesem Falle gegenüber der durch die Infektion drohenden Lebensgefahr der Frau zurück. (Im Beschluss wurde allerdings die Prozesskostenhilfe versagt, da die Nachweise zur Kausalität fehlten.)<sup>1467</sup> Ebenfalls mit dem Thema der ärztlichen Schweigepflicht hatte sich das OLG Koblenz<sup>1468</sup> zu befassen und in seinem Leitsatz ausgeführt:

„Stellt der Arzt eine meist im Erwachsenenalter ausbrechende schwere Nervenkrankheit mit hohem Vererbungsrisiko fest, darf er der Bitte des Patienten, dessen geschiedene Ehefrau wegen der bei dieser lebenden ehelichen Kinder zu informieren, nicht entsprechen, weil eine medizinische Sachaufklärung bei Minderjährigen in Deutschland nicht statthaft ist, so dass sich für die Mutter aus der belastenden Information keinerlei Handlungsoption ergibt“.

Das OLG sah im Verhalten des Arztes eine rechtswidrige Handlung, die bei der Klägerin zu psychischen Störungen geführt habe, weshalb der Klägerin dem Grunde nach ein Schmerzensgeldanspruch zustehe.

<sup>1462</sup> LG Kiel BeckRS 2013, 08633.

<sup>1463</sup> OLG Karlsruhe BeckRS 2016, 12211.

<sup>1464</sup> BSG FD-StrafR 2011, 316696.

<sup>1465</sup> OLG Hamm Urt. v. 23.3.2018 – 26 U 125/17: Beweislast für ungenügende therapeutische Aufklärung liegt beim Patienten.

<sup>1466</sup> Spickhoff NJW 2018, 1725.

<sup>1467</sup> OLG Frankfurt a.M. VersR 2000, 320; zur Aufklärung wegen Aids bei Bluttransfusionen vgl. Geigel Rn. 88.

<sup>1468</sup> OLG Koblenz BeckRS 2012, 03419.

265 Schließlich seien noch die nachfolgend beschriebenen Sachverhalte erwähnt:

Weil der Vermieter ihn aufgrund von Differenzen nicht länger in seinen Räumen dulden wollte, setzte er seinen langjährigen Mieter kurzerhand dergestalt vor die Tür, dass er die Türschlösser auswechseln ließ. Das AG Berlin-Schöneberg<sup>1469</sup> sprach dem Mieter deshalb ein Schmerzensgeld in Höhe von 5.000 EUR zu. „Übt ein Vermieter – wie hier – im Wege einer sog. **„kalten Räumung“** durch eigenmächtige Inbesitznahme von Wohnung und Hausrat eine verbotene Selbsthilfe aus, ist er dem Mieter zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. ... Darüber hinaus hat der Kläger einen Anspruch auf Schmerzensgeld in Höhe von 5.000 EUR, denn ihm ist auch ein immaterieller Schaden entstanden. Mit der Räumung der Wohnung hat der Beklagte nicht nur das Besitzrecht des Klägers, sondern auch dessen allgemeines Persönlichkeitsrecht verletzt“, so das AG, dass insofern zudem auf Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung) hingewiesen hatte. Wegen **überlanger Wartezeit** auf die offizielle **Änderung des Namens** sprach der EGMR<sup>1470</sup> einer italienischen Transsexuellen immateriellen Schadensersatz in Höhe von 2.500 EUR zu, da bei der jungen Frau – die als Mann geboren worden war jedoch bereits seit vielen Jahren als Frau lebte und nun auch einen weiblichen Namen tragen wollte – ein Gefühl der Verletzlichkeit und Erniedrigung ausgelöst wurde. Die Straßburger Richter sahen dadurch das Menschenrecht auf Achtung des Privatlebens verletzt und verurteilten Italien zu Entschädigungszahlung.

In der zumindest im mittelhessischen bekannten **„Amöneburger Flugblatt-Affäre“** hatte sich der EGMR<sup>1471</sup> zu befassen und dem Verteiler eines Flugblattes ein Schmerzensgeld von 3.000 EUR zuerkannt. Das Flugblatt, welches im Zusammenhang mit einer Bürgermeisterwahl verteilt worden war, warf einem der Mitkandidaten für das Bürgermeisteramt die Nähe zu Neonaziorganisationen vor, weshalb das AG gegen die Verteilung eine einstweilige Verfügung erlassen hatte. „Die Straßburger Richter hoben hervor, dass der Kritisierte ein Politiker auf lokaler Ebene sei, bei dem die Grenzen der zulässigen Kritik grundsätzlich breiter als bei einer Privatperson sein müssten. Angesichts des politischen Kontexts der bevorstehenden Kommunalwahlen hatten die Aussagen des Klägers die zulässigen Grenzen der Kritik nicht überschritten“<sup>1472</sup> und sprachen dem Kläger wegen dessen Verletzung der Meinungsfreiheit die oben erwähnte Entschädigung zu.

Mit der Klage eines prominenten Fotografen wegen **Urheberpersönlichkeitsrechtsverletzung** durch die nachträgliche erhebliche Veränderung und anschließende Verwendung eines Fotos (dieses zeigt ein Portrait des Altbundeskanzlers Gerhard Schröder) durch die Beklagte hatte sich das LG Hamburg<sup>1473</sup> zu befassen und sprach dem Kläger 25.000 EUR Schmerzensgeld bzw. „Entschädigung“ hierfür zu. Die unberechtigte Veränderung eines Lichtbildwerkes durch die Beklagte stelle einen Eingriff in das Urheberpersönlichkeitsrecht des Urhebers dar. Handelt es sich dabei – wie vorliegend – um einen schwerwiegenden Eingriff, so steht dem Urheber ein Geldentschädigungsanspruch zu. Bei der Bemessung orientierte sich das LG an einer Entscheidung des OLG Frankfurt am Main (GRUR 1989, 203), wonach das übliche Nutzungsentgelt zu Grunde gelegt und ein pauschaler Aufschlag von bis zu 100 % erhoben werde.

Abschließend sei nochmals auf das oben bereits mehrfach erwähnte Urteil des BGH<sup>1474</sup> aus dem Jahr 2018 eingegangen, mit dem dieser sehr klar die Praxis für den **Umgang mit Persönlichkeitsverletzungen in einem Zivilprozess** festgelegt hat. Demnach fehle es – so der BGH – bei ehrverletzenden Angriffen, die zur Rechtsverteidigung in einem Prozess vorgebracht werden am Rechtsschutzbedürfnis für die Geltendmachung von Schadensersatz- und Unterlassungsansprüchen. Dies deshalb, da in ein Gerichtsverfahren nicht dadurch eingegriffen werden soll, dass ein Beteiligter durch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche des Gegners in seiner Äußerungsfreiheit beeinträchtigt wird und zudem, weil vermieden werden muss, dass durch einen weiteren Prozess in den ersten eingegriffen wird. Eine Beleidigung oder ein anderer Verstoß (im vom BGH entschiedenen Fall gegen das KUG) sind somit innerhalb eines gerichtlichen Rechtsstreits weitgehend gestattet, sofern – worauf der BGH ausdrücklich hingewiesen hat – die ehrverletzenden Angriffe gegen Prozessbeteiligte gerichtet und nicht gegen Dritte, außerhalb des Prozesses stehende Personen, die sich in dem betreffenden Verfahren selbst nicht zur Wehr setzen können.

## 2. Bagatellverletzungen

266 Die so genannte „Bagatellverletzung“ steht schon seit längerer Zeit nicht mehr im Mittelpunkt der – in diesem Themenbereich früher zumeist sehr emotional geführten – Diskussion. Die Reform des „Zweiten

<sup>1469</sup> AG Berlin-Schöneberg BeckRS 2019, 23603 Tabellenteil → Nr. 6314.

<sup>1470</sup> EGMR Becklink 2011183.

<sup>1471</sup> EGMR MMR-Aktuell 2014, 357673.

<sup>1472</sup> Zitiert aus MMR-Aktuell 2014, 357673.

<sup>1473</sup> LG Hamburg BeckRS 2007, 32174.

<sup>1474</sup> BGH Urt. v. 27.2.2018 – VI ZR 86/16 BeckRS 2018, 8807.

Gesetzes zur Änderung schadensersatzrechtlicher Vorschriften“ hat jedoch durch das Ausbleiben einer **Bagatellklausel** insofern keinen Beitrag zur Rechtssicherheit geleistet und somit diese Thematik weiterhin der Rechtsprechung überlassen.<sup>1475</sup>

Zur **Definition** der **Bagatellverletzung** hatte sich der BGH<sup>1476</sup> – sowie auch das OLG Düsseldorf – bereits **267** mehrfach geäußert:

*„Eine Bagatelle im Sinne der Rechtsprechung des erkennenden Senats<sup>1477</sup> ist eine vorübergehende, im Alltagsleben typische und häufig auch aus anderen Gründen als einem besonderen Schadensfall entstehende Beeinträchtigung des Körpers oder des seelischen Wohlbefindens. Damit sind Beeinträchtigungen gemeint, die sowohl von der Intensität als auch der Art der Primärverletzung her nur ganz geringfügig sind und üblicherweise den Verletzten nicht nachhaltig beeindrucken, weil er schon auf Grund des Zusammenlebens mit anderen Menschen daran gewöhnt ist, vergleichbaren Störungen seiner Befindlichkeit ausgesetzt zu sein.“*

Ob dies im konkreten Einzelfall zutrifft, liegt im – gemäß § 287 ZPO bestehenden – Ermessen des Tatrichters.

Damit steht der erkennende Senat nicht im Widerspruch zu einer bereits 1992 ergangenen Entscheidung des BGH.<sup>1478</sup> Danach hatte dieser, mit Hinweis auf die – im damaligen § 847 BGB enthaltene – Wertung des Gesetzgebers ausführt, grundsätzlich könne bei jeder Verletzung des Körpers oder der Gesundheit eine „billige“ Entschädigung in Geld für den erlittenen immateriellen Schaden verlangt werden, denn – was bei der Zitierung dieser Entscheidung oft übersehen wurde – der BGH hatte bereits damals in seinen weiteren Ausführungen darauf hingewiesen,

*„dass der Umstand nicht außer Acht gelassen werden (könne), dass der Mensch, vor allem im Zusammenleben mit anderen, vielfältigen Beeinträchtigungen seiner Befindlichkeit ausgesetzt ist und daran gewöhnt wird, sich von ihnen möglichst nicht nachhaltig beeindrucken zu lassen. Wird diese Schwelle im konkreten Fall von der erlittenen Beeinträchtigung... nicht überschritten, dann kann es schon an einer Grundlage für die geldliche Bewertung eines Ausgleichsbedürfnisses fehlen. Auch in solchen Fällen ein Schmerzensgeld festzusetzen,... verlangt § 847 BGB nicht.“<sup>1479</sup>*

Auch hier gilt einmal mehr, dass es bei der Prüfung eines Schmerzensgeldanspruchs stets zwingend erforderlich ist, alle Einzelheiten des konkreten Sachverhaltes zu analysieren, zu prüfen und abzuwägen. Für Pauschalierungen ist hierbei kein Raum.

Somit gibt es auch **keine starre Bagatellgrenze**.

Zutreffend hat daher auch das OLG Naumburg<sup>1480</sup> zwar den Grundsatz, wonach im Falle einer „bloßen Bagatellverletzung... der Ersatz des immateriellen Schadens ausnahmsweise zu versagen ist“, erwähnt, jedoch im konkreten Fall – mit Rücksicht auf das junge Alter des Verkehrsunfallopfers und der damit verbundenen besonderen Ängste – dem erst dreijährigen Kind für eine schmerzhaft Schädelprellung ein Schmerzensgeld von 250 EUR zuerkannt und explizit keine Bagatellverletzung angenommen.

Ebenso hat der BGH<sup>1481</sup> schon vor Jahren zutreffend der damaligen Argumentation einiger Gerichte eine klare Absage erteilt, die das Vorliegen einer entschädigungslosen „Bagatellverletzung“ aus der Tatsache herzuleiten versucht hatten, dass sich die geringfügige Verletzung als Folge eines Unfalles im Straßenverkehr ergeben habe, denn dies sei das allgemeine Lebensrisiko, das jeder zu tragen habe, der am heutigen Straßenverkehr teilnehme.<sup>1482</sup>

Immer wieder haben sich – im Zusammenhang mit dem Thema der „Bagatellverletzung“ – die Gerichte<sup>1483</sup> mit der Frage zu befassen, ob ein Schmerzensgeld zuzusprechen ist, wenn ein **psychisch Vorgesetzter**, der unfallbedingt nur eine ganz geringfügige Verletzung (im Sinne einer möglichen „Bagatellverletzung“) erlitten hat, hierauf infolge seiner Prädisposition unverhältnismäßig reagiert und somit die Verletzung gravierender empfindet als ein nicht Vorgesetzter oder gar seine Vorschädigung verstärkt wird. Die Antwort

<sup>1475</sup> Küppersbusch/Höher Rn. 285.

<sup>1476</sup> BGH NZV 2004, 344 (345); BGH NJW 1998, 810; VersR 1993, 1012; VersR 1992, 504.

<sup>1477</sup> So bereits BGH NJW 2000, 862; 1998, 810; 1997, 1640; 1996, 2425.

<sup>1478</sup> BGH NJW 1992, 1043.

<sup>1479</sup> BGH ZfS 1992, 114; vgl. insofern auch von Gerlach DAR 1993, 202 (217) sowie 1994, 217 (233).

<sup>1480</sup> OLG BeckRS 2009, 06018.

<sup>1481</sup> BGH NZV 1997, 69.

<sup>1482</sup> BGH NJW 1997, 455.

<sup>1483</sup> KG NZV 2005, 311.



auf diese Frage liegt in der nach ständiger Rechtsprechung<sup>1484</sup> etablierten Ansicht, dass der Schädiger nicht dadurch entlastet wird, dass er einen gesundheitlich vorgeschädigten Menschen verletzt hat.

Dementsprechend sprach das KG<sup>1485</sup> einer psychisch vorgeschädigten Frau 2.000 EUR Schmerzensgeld zu. Die Klägerin hatte unfallbedingt zunächst nur eine Ellenbogenprellung erlitten, die sich jedoch sodann auf Grund der Vorschädigung „zu einer narzisstischen Kränkung mit ichbezogener Überbewertung“ entwickelt hatte, aus welcher sich wiederum psychosomatische Kopfschmerzen und Verspannungen bildeten. Anders wäre der Fall möglicherweise beurteilt worden, wenn die Klägerin im voranstehend geschilderten Fall keine psychische Vorschädigung gehabt hätte. Dann nämlich – auch diese Thematik im Umfeld der „Bagatellverletzungen“ beschäftigt regelmäßig die Gerichte<sup>1486</sup> – hätte die Rechtsprechung die psychische Reaktion auf eine einfache Ellenbogenprellung wohl als grob überzogen angesehen und ein Schmerzensgeld versagt.

„Denn“ – so führte das KG in seiner oben genannten Entscheidung zutreffend aus –

*„ein Schädiger haftet nicht, soweit das schädigende Ereignis ganz geringfügig ist (also eine Bagatelle) und die psychische Reaktion des Verletzten, im konkreten Fall wegen ihres groben Missverhältnisses zum Anlass, schlechterdings nicht mehr verständlich ist“*,

wobei das KG zur Verdeutlichung des Unterschieds der beiden Sachverhalte betonte:

*„Für eine vorhandene spezielle Schadensanlage des Geschädigten muss der Schädiger allerdings eintreten.“*<sup>1487</sup>

Abschließend seien einige Urteile benannt, bei denen die jew. Gerichte aus der Gesamtschau (nicht nur wegen der Verletzung) zum Ergebnis einer entschädigungslosen **Bagatellverletzung** gekommen waren:

AG Paderborn <sup>1488</sup>	HWS- u. LWS-Distorsion, Thoraxprellung, 24-st. Krankenhausaufenthalt
OLG Dresden <sup>1489</sup>	Löschung eines vom Kl. auf einem soz. Netzwerk eingestellten Beitrags
LG Lübeck <sup>1490</sup>	Datenübermittlung des Psychotherapeuten an die Berufsgenossenschaft (BG)
AG Iserlohn <sup>1491</sup>	HWS-Distorsion mit „muskelerähnlichen Schmerzen für einige Tage“
AG Diez <sup>1492</sup>	Erhalt einer Spam-Mail
LG Köln <sup>1493</sup>	„Blauer Fleck“ an der Schulter nach „Wegschubsen mit der Hand“
LG Bielefeld <sup>1494</sup>	Behauptete Handprellung und Rippenprellung
AG Gummersbach <sup>1495</sup>	Leichtes HWS-Syndrom“ (keine MdE; keine Weiterbehandlung)
LG Karlsruhe <sup>1496</sup>	Leichte HWS-Zerrung (wie Muskelkater).
AG Düsseldorf <sup>1497</sup>	Psychische Beeinträchtigung (Der Kl. war „schockiert und zittrig“.)
LG Landau <sup>1498</sup>	Schädelprellung
LG Limburg <sup>1499</sup>	Prellungen an Hand, Oberschenkel und Knie
LG Magdeburg <sup>1500</sup>	Leichtes HWS-Syndrom und psychische Beeinträchtigung
AG Schwerin <sup>1501</sup>	„Leichte Zerrung der Nackenmuskulatur“
OLG Hamm <sup>1502</sup>	„Ziehen im Halsbereich“

<sup>1484</sup> Vgl. hierzu LG Wiesbaden BeckRS 2018, 4499; NZV 2018, 392 mAnm *Kleine-König*; sowie OLG Brandenburg SP 2011, 141; BGH NZV 2005, 461; NJW 1996, 2425 (2426); NJW 1956, 1108.

<sup>1485</sup> KG NZV 2005, 311.

<sup>1486</sup> BGH NJW 2001, 143; KG NZV 2005, 311 (312).

<sup>1487</sup> Einen guten Überblick hierzu geben *Küppersbusch/Höher* Rn. 12, *Müller* VersR 2003, 137 und *Brandt* VersR 2005, 616.

<sup>1488</sup> AG Paderborn BeckRS 2019, 2730.

<sup>1489</sup> OLG Dresden BeckRS 2019, 12941 – der rassistische Beitrag wurde gelöscht und das Nutzerkonto gesperrt.

<sup>1490</sup> LG Lübeck BeckRS 2019, 14957.

<sup>1491</sup> AG Iserlohn BeckRS 2018, 1087.

<sup>1492</sup> AG Diez BeckRS 2018, 28667.

<sup>1493</sup> LG Köln BeckRS 2014, 09470.

<sup>1494</sup> LG Bielefeld BeckRS 2011, 14453.

<sup>1495</sup> AG Gummersbach BeckRS 2010, 22992 mAnm *Käb*.

<sup>1496</sup> *Lucky* in SVR 2010, 174 (175) mit Verweis auf SP 2008, 263.

<sup>1497</sup> AG Düsseldorf SP 2007, 251.

<sup>1498</sup> LG Landau Ur. v. 31.1.2005.

<sup>1499</sup> LG Limburg Ur. v. 8.9.2004 – 2 O 15/04.

<sup>1500</sup> LG Magdeburg NVZ 2003, 478.

<sup>1501</sup> AG Schwerin SP 2001, 414.

<sup>1502</sup> OLG Hamm Ur. v. 24.10.2000 – 9 U 39/00.